

RzF - 45 - zu § 51 Abs. 1 FlurbG

- 1. Ein Eigentümer, dessen Grundbesitz an das Flurbereinigungsgebiet grenzt, hat auf Grund der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG einen Schutz- und Ausgleichsanspruch wegen nachteiliger Auswirkungen als Folge der von der Teilnehmergeinschaft durchgeführten Maßnahmen.**
- 2. Wiederaufnahmeanträgen, die nach Ablauf der Widerspruchsfrist gegen die Schlussfeststellung gestellt werden, kommt eine die Beendigung des Flurbereinigungsverfahrens verzögernde Wirkung nicht zu.**

Flurbereinigungsgericht München, Urteil vom 17.03.2005 - 13 A 03.1863

Aus den Gründen:

Der Kläger hat keinen Anspruch auf Geldausgleich für die von ihm geltend gemachten früheren temporären Nässeschäden seines Flurstücks ***. Der Kläger war zwar kein Teilnehmer im Sinn von § 10 FlurbG, hatte aber als ein Eigentümer, dessen Grundbesitz an das Flurbereinigungsgebiet grenzt, aufgrund der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG einen Schutz- und Ausgleichsanspruch wegen der Auswirkungen der Straßenentwässerung als Folge des von der Teilnehmergeinschaft durchgeführten Straßenbaus (vgl. Hegele in: Seehusen/Schwede, Flurbereinigungsrecht, 7. Aufl. 1997, RdNr. 40 zu § 41 und Schwantag a.a.O. RdNr. 8 zu § 51; s. auch BayVGh vom 24.7.2003 Az. 13 AS 03.1702). In entsprechender Anwendung des § 51 Abs. 1 FlurbG, wonach vorübergehende Nachteile, die das Maß der den Teilnehmern ansonsten entstehenden gleichartigen Nachteile erheblich übersteigen, durch Geld oder in anderer Weise auszugleichen sind, stand dem Kläger früher möglicherweise ein Ausgleichsanspruch zu. Diesen hätte er allerdings mit der Anfechtung des Flurbereinigungsplans durchsetzen müssen, ggf. bis zum Zeitpunkt der Schlussfeststellung (vgl. BVerwG vom 16.9.1975 BVerwGE 49,176/184; ferner: BayVGh vom 20.11.1980 RzF 51 I 79 => RzF - 36 - zu § 51 Abs. 1 FlurbG> und vom 20.4.2004 RdL 2004, 322). § 51 FlurbG gibt einen selbständigen Anspruch als Bestandteil des Flurbereinigungsplans (BVerwG vom 3.12.1959 RdL 1960, 78).

Der auf Festsetzung eines Ausgleichsbetrags gerichteten Klage steht aber die unanfechtbare Schlussfeststellung entgegen. Durch sie ist für alle Beteiligten und auch für den Kläger als Drittbetroffenen verbindlich festgestellt, dass alle Ansprüche gegen die Flurbereinigungsbehörde aus dem Flurbereinigungsplan und dem Verfahren ihre Erledigung gefunden haben (§ 149 FlurbG). Die Schlussfeststellung wurde in der Wohnsitzgemeinde des Klägers, wie in § 149 Abs. 1 Satz 2 FlurbG vorgeschrieben, öffentlich bekannt gemacht. Einen Rechtsbehelf gegen die Schlussfeststellung hat der Kläger nicht ergriffen, obwohl die Direktion für Ländliche Entwicklung M*** hierüber ordnungsgemäß belehrt hatte. Mit der Zustellung der unanfechtbar gewordenen Schlussfeststellung an die Teilnehmergeinschaft am 11. Oktober 2000 war das Flurbereinigungsverfahren deshalb beendet (§ 149 Abs. 3 Satz 1 FlurbG). Damit sind für den Kläger, ebenso wie für die Teilnehmer des Flurbereinigungsverfahrens die Festsetzungen des Flurbereinigungsplans in dem betroffenen Umfang verbindlich und hinzunehmen. Die Unanfechtbarkeit der Schlussfeststellung schließt jede Möglichkeit des Eingriffs in den Flurbereinigungsplan aus.

Diese Ausschlusswirkung der unanfechtbaren Schlussfeststellung lässt einen Eingriff des Flurbereinigungsgerichts in die Regelungen des Flurbereinigungsplans im Wege der Klage nicht zu. Dies folgt aus der Regelung in § 149 Abs. 2 FlurbG. Hiernach ist mit der das Verfahren beendenden Zustellung der unanfechtbar gewordenen Schlussfeststellung an die Teilnehmergeinschaft zuzuwarten, bis über Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens, auch solche gemäß §§ 578 ff. ZPO, die innerhalb der Widerspruchsfrist gegen die Schlussfeststellung gestellt worden sind, entschieden ist. Wiederaufnahmeanträgen, die nach Ablauf der Frist gestellt werden, kommt diese die Beendigung des Flurbereinigungsverfahrens verzögernde Wirkung nicht zu. Solche Wiederaufnahmeanträge sind unzulässig. Der Gesetzgeber hat mit dieser Regelung ersichtlich dem Interesse an Rechtssicherheit und Rechtsfrieden den Vorrang gegenüber den Interessen von Betroffenen, durch Wiederaufnahme eine Änderung des Flurbereinigungsplans herbeizuführen, den Vorrang eingeräumt. Ist innerhalb der Widerspruchsfrist kein Wiederaufnahmeantrag gestellt worden und hat die Schlussfeststellung Bestandskraft erlangt, sollen alle Beteiligten darauf vertrauen können, dass das Flurbereinigungsverfahren beendet ist und Änderungen der Ergebnisse dieses Verfahrens ausgeschlossen sind (BayVGH vom 24.9.1998 RdL 1999, 39; siehe auch BVerwG vom 16.9.1975 a.a.O.).